Ä-K20-431 Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller*in: GewerkschaftsGrün
Beschlussdatum: 08.01.2024

Änderungsantrag zu WP-4

In Zeile 46 einfügen:
2021 haben wir in diesem Bereich bereits große Schritte gemacht und erreicht, dass nur Unternehmen für das Land arbeiten, die ihren Beschäftigten mindestens einen Lohn von 13 Euro pro Stunde zahlen und bestimmte Umweltansprüche erfüllen. Nach der hohen Inflation und den nachfolgenden Lohnsteigerungen muss dieser Vergabemindestlohn deutlich angehoben werden. Uns leitet dabei die EU-Richtlinie die den Mindestlohn bei mindestens 60% des Medianlohns vorgibt. Damit überschreiten wir inzwischen die 14€ und nähern uns den 15€. Ein guter Vergabemindestlohn hindert Unternehmen aber nicht daran, beim Urlaubsanspruch, der Arbeitszeit und in vielen anderen Bereichen nur das absolute Minimum für ihre Beschäftigten zu leisten. Tarifverträge sorgen für gute und geregelte Arbeitsbedingungen, weshalb wir fordern: Firmen, die im Auftrag des Landes arbeiten, müssen neben starken Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien zukünftig Arbeitsbedingungen und Löhne in einer Qualität gewährleisten, die denen von tarifgebundenen Unternehmen entspricht.

Begründung

Anfang 2021 tagte die Mindestlohnkommission und im Frühjahr 2021 folgten wir deren Empfehlung und erhöhten den Vergabemindestlohn auf 13€. Die Mindestlohnkommission soll alle 2 Jahre tagen. Er tagte allerdings erst Ende 2023 und vertagte sich auch noch ohne Ergebnis. Wir müssen jetzt davon ausgehen, dass die Kommission im April/Mai tagen und einen Vorschlag unterbreiten und die SPD voll darauf anspringen wird. Da wir die Mindestlohnkommission bisher in ihrer Arbeitsweise anerkennen, können wir das Ergebnis nicht vorweg nehmen. Was wir aber tun können ist deutlich zu machen, was für uns dabei die Richtschnur ist und was das konkret bedeutet.

Da GewerkschaftsGrün nicht direkt antragsberechtigt ist, noch der Hinweis: dass hinter dem Antrag u.a. die Mitglieder Niko Stumpfögger, Ruth Wagner, Clemens Rostock stehen. Bei der Sitzung waren 9 Menschen, davon 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.